

» heit das vermeintlich einzig Richtige zu tun. Wenn Sie das ‚Zögern und Zaudern‘ nennen, ist das eine etwas lieblose Charakterisierung, und es treffen aus meiner Sicht der Dinge nicht alle Umstände zusammen, die diese Beschreibung als zutreffend erscheinen lassen.“

Mit dem „Wertequadrat im Hinterkopf“ können wir politische Entscheidungen und Debatten klarer einschätzen. Es erleichtert auch eine Empathie mit den politisch Verantwortlichen, für die ich in solchen Krisenzeiten dringend plädieren möchte – die meisten von uns wollen nicht in ihrer Haut stecken. Und es kann den streitbaren Dialog

sachlich klarer und menschlich versöhnlicher werden lassen. Statt einer gegenseitigen Verächtlichkeit können sich Meinungsgegner mit unterschiedlichen Standpunkten als Ergänzungspartner entdecken, getreu dem dialogischen Credo, dass die Wahrheit zu zweit beginnt. Dies eröffnet die Aussicht auf integrale Lösungen jenseits von Pest und Cholera. ■

➤ **Prof. Dr. Dr. h.c. Friedemann Schulz von Thun** ist Kommunikationspsychologe und Gründer des Schulz von Thun Instituts für Kommunikation in Hamburg. Gemeinsam mit Prof. Dr. Bernhard Pörksen ist er Träger des Preises „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 2021. Lesen Sie auch das Interview auf Seite 7.

Wolfgang Benz

Denkmal für den Widerstand der Zeugen Jehovas

Der Goldfischteich im Berliner Tiergarten war ein Ort des Widerstands gegen das NS-Regime. Dort betrieb Ernst Varduhn, von Beruf Kraftfahrer, eine Stuhlvermittlung. Varduhn war in leitender Position bei Jehovas Zeugen engagiert. Sein Gewerbe bot den unverfänglichen Ort als zentralen Treffpunkt, an dem Flugschriften gegen den Nationalsozialismus an Kuriere übergeben wurden. Am 22. August 1936 fand eine Razzia statt. Ernst Varduhn wurde festgenommen, in verschiedenen Gefängnissen und den KZ Columbiahaus und Sachsenhausen drangsaliert, 1937 von einem Sondergericht verurteilt, als Invalide schließlich aus der Haft entlassen.

Bei der Razzia wurde auch Hildegard Seliger verhaftet, als Zeugin Jehovas verurteilt und nach dem Gefängnisaufenthalt ins KZ deportiert. In Ravensbrück wurde sie bis 1945 schikaniert, weil sie sich weigerte, Hitlerreden zu lauschen, das Horst-Wessel-Lied stehend anzuhören oder Uniformen für die Wehrmacht zu nähen.

Jehovas Zeugen waren die einzige religiöse Gemeinschaft, die geschlossen und kon-



Gedenkstein für den am 2. Dezember 1944 im KZ Neuengamme an den Haftfolgen gestorbenen Erwin Wehmeier, Mitglied der Zeugen Jehovas.

sequent aus ihrem Glauben heraus Widerstand gegen den Nationalsozialismus leistete. Die Bibelchristen zählten in Deutschland etwa 25.000 Seelen. Weil sie den Hitlergruß und den Eid auf den „Führer“, den Wehrdienst und jegliche Tätigkeit in der Rüs-

tungsproduktion verweigerten, wurden die Zeugen Jehovas, die sich ursprünglich „Ernst-Bibelforscher“ nannten, vom NS-Regime verboten und verfolgt, ab 1933 im Deutschen Reich, später auch in den Gebieten unter deutscher Herrschaft oder deutschem

Foto: Coreyjo/Wikimedia Commons



KZ-Kennzeichnung „Bibelforscher“.

Einfluss. Die Nationalsozialisten diffamierten die unerwünschte Glaubensgemeinschaft (unter Beifall aus den Reihen katholischer Kirchenfürsten und protestantischer Amtskirchen) als Helfer des Kommunismus und stigmatisierten sie als angeblich jüdische Sekte. Die Diskriminierung überdauerte den Zusammenbruch des Hitlerstaats. In der DDR galten Jehovas Zeugen bald wieder als Feinde, 1950 wurden sie verboten und ihrer Freiheit beraubt.

Etwa 14.000 Zeugen Jehovas – Männer, Frauen und Kinder –, die sich zu ihrem Glauben bekannten und von ihrer Überzeugung auch unter Druck nicht abwichen, wurden in Hitlerdeutschland verfolgt. Religiöse Aktivitäten und der Verkündigungsdienst waren untersagt, aber nicht zu verhindern. Militärgerichte verurteilten Glaubensbrüder wegen Kriegsdienstverweigerung. Sondergerichte strafte die Bibelforscher, Männer wie Frauen, als Staatsfeind, wenn sie ihrer religiösen

Stolperstein zur Erinnerung und Mahnung an die Ermordung eines Zeugen Jehovas aus Berlin.



Foto: Axel Mauruszat/Wikimedia Commons

Überzeugung nicht abschworen. Dem diente ein NS-Gesetz gegen „Heimtücke“. Funktionsträger und „Wiederholungstäter“ wies die Gestapo in Konzentrationslager ein.

Angehörige der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas waren aber nicht nur Opfer, weil sie öffentlich als Gemeinschaft und privat als Individuen Widerstand gegen die Ideologie des Nationalsozialismus leisteten. 30.000 Protestbriefe aus aller Welt verurteilten 1934 das Hitlerregime. Eine Flugblatt-Aktion erregte 1937 Aufsehen. Zeugen Jehovas solidarisierten sich auch mit anderen Opfergruppen und leisteten Hilfe. Zeugen Jehovas gewährten ihren jüdischen Nachbarn und Freunden Beistand, sahen nicht weg wie die Mehrheit der Christen, sondern boten verfolgten Juden als Mitmenschen Unterkunft und Nahrung, versteckten sie und halfen ihnen bei der Flucht.

Dagobert Lewin war 19 Jahre alt, als im Frühjahr 1942 seine Eltern deportiert wurden. Dagobert ging in den Untergrund und war als illegal in Berlin lebender Jude auf Hilfe angewiesen. Nur wenige waren bereit, ihm mehr als eine Nacht Obdach zu gewähren. In der Autowerkstatt des Ehepaares Stoltze, das der Glaubensgemeinschaft Jehovas Zeugen angehörte, wurde er aufgenommen, bekam einen Schlafplatz und drei Mahlzeiten täglich. Drei Monate lang, bis die SS die Werkstatt requirierte. Dann beschäftigte ihn Oskar Klimt, ebenfalls Jehovas Zeuge, längere Zeit. Die Bibelchristen Franz und Emma Gumz versteckten in ihrer Wä-

scherei die später berühmteste Berliner Jüdin im Untergrund, Inge Deutschkron, und deren Mutter.

Wohl als letzte Opfergruppe begehren die Zeugen Jehovas Jahrzehnte nach ihrer Verfolgung ein Denkmal, das an die Leiden und ihren Widerstand erinnert. Im Berliner Bezirk Tiergarten soll es errichtet werden und damit die Zugehörigkeit zu den anderen Opfern des Nationalsozialismus betonen, die im Gefolge des Denkmals für die ermordeten Juden Europas dort monumentale Erinnerungszeichen haben: Homosexuelle, Sinti und Roma, Opfer der „Euthanasie“ ...

Das erhoffte Memento entspricht in der Dimension dem bescheidenen Auftreten derer, die es errichten wollen. Auf wenig mehr als einem Quadratmeter öffentlichen Grundes an der Straße des 17. Juni soll sich eine Skulptur viereinhalb Meter hoch erheben. Der Ort ist authentisch, nahe dem Goldfischteich, an dem die Bibelchristen Widerstand leisteten. Die Mittel für das Denkmal stehen längst bereit, aber nach jahrelanger quälender Diskussion der politischen Entscheidungselite über den Standort – die einen hielten Marzahn für den richtigen Platz, andere plädierten für die Marginalisierung im künftigen Dokumentationszentrum deutscher Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg – ist nichts geschehen. Abgesehen davon, dass das Thema nicht an beliebige Orte passt, wäre es wieder für längere Zeit vom Tisch. So wie es am Ende der vorigen Legislaturperiode von der parlamentarischen Agenda im Bundestag plötzlich verschwand.

Die Gemeinschaft der Zeugen Jehovas ist bei vielen auch heute noch unbeliebt. In Verfolgung ihrer Glaubensgrundsätze sind Jehovas Zeugen unbeirrbar und auch penetrant. Das gilt aber auch für andere Religionsgemeinschaften. Das Verhalten der Zeugen Jehovas unterschied sich im Unrechtsstaat jedoch sehr deutlich von den beiden großen Amtskirchen und der Mehrheit der Deutschen. Deshalb wäre die Verweigerung des Denkmals im öffentlichen Raum als Anerkennung ihrer Haltung im Unrechtsstaat, auch nur die weitere Verzögerung des Erinnerns an die Verfolgung und das tapferen Widerstehen der Zeugen Jehovas nicht nur unverständlich, sondern unwürdig. ■

Prof. Dr. Wolfgang Benz ist Historiker und ehemaliger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung sowie Träger des Preises Gegen Vergessen Für Demokratie.